



**Fraktion im Rat der
Stadt Saarbrücken**

Rathaus-Carrée, Zimmer 203
66104 Saarbrücken

Telefon (06 81) 9 05-13 03
-13 18

Telefax (06 81) 9 05-15 92

Datum: AntragstellerIn: SachbearbeiterIn: Telefon: Telefax: E-Mail:	28.11.2012 Herr Peter Strobel Herr Batz, Christian (0681) 905-1318 (0681) 905-1592 christian.batz@saarbruecken.de	CDU/1439/12
Beratungsfolge und Sitzungstermine		
Gremium	Sitzungsdatum	Status
Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken	04.12.2012	öffentlich
Betreff: Resolution zum Kommunalen Entlastungsfonds		
Beschlussvorschlag: Der Stadtrat beschließt die in der Anlage aufgeführte Resolution zum Kommunalen Entlastungsfonds.		

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Peter Strobel MdL
– Fraktionsvorsitzender –

Anlagen:

Resolution zum Kommunalen Entlastungsfonds

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken begrüßt die Bereitschaft des Landes, einen Fonds zur Entlastung der finanziell besonders notleidenden Gemeinden im Saarland aufzulegen. Bei fast allen Gemeinden haben sich über viele Jahre Haushaltsfehlbeträge angesammelt, die für die meisten inzwischen zu einer drückenden Last geworden sind. Hier bedarf es einer Trendwende, die in den betroffenen Kommunen zunehmend harte Einschnitte mit sich bringt.

Der Entlastungsfonds gibt den hoch verschuldeten Gemeinden, wie der Landeshauptstadt, nun das Signal, dass sie mit den Sanierungszwängen nicht allein gelassen werden. Über die Dauer von sieben Jahren unterstützt das Land die Bemühungen der Kommunen um die Sicherung ihrer Haushalte mit insgesamt 120 Millionen Euro. Das ermutigt zu weiteren eigenen Anstrengungen und ist eine beachtliche Leistung des Landes auf dem steinigen Weg zum verfassungsrechtlich vorgegebenen Ausgleich seines eigenen Haushalts.

Die Sanierungshilfe muss fair und ohne überhöhte Auflagen verteilt werden. Die paritätische Mitentscheidung der kommunalen Vertreter im neu eingesetzten Sanierungsrat schafft hierfür eine gute Ausgangsbasis. Die Landeshauptstadt Saarbrücken setzt auf einen partnerschaftlichen Umgang zwischen Land und Kommunen bei der Umsetzung des Entlastungsprogramms.

Darüber hinaus erwartet sie, dass der Landtag des Saarlandes bei allen für die örtliche Ebene relevanten Entscheidungen auf die angeschlagenen Finanzen der Kommunen Rücksicht nimmt. An die Landesregierung richtet sie den Appell, ihren Einfluss auf Bundesebene geltend zu machen, damit die in letzter Zeit begonnene Reduzierung von bundesrechtlichen Leistungsverpflichtungen der Kommunen fortgesetzt wird. Denn die Ursachen der kommunalen Verschuldung sind vielschichtig und werden nur durch ein konzertiertes Vorgehen behoben werden können.
